Nummer 466

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag. Kreuzbandsendungen 36 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin W 8, Kronenstrasse 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe mit Kurszettel

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 9 gespaltene Zeile 1.50 Mk., Reklamezeil 4 Mk

Als besondere Beilagen erscheinen:
Ergänzungen z. Kurszettel, Zinsschein-Kalender, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften, Allgemeine Verlosungslisten, mit Restantenlisten, Ziehungslisten der Preussischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Ueberscichten

Die Zeitung erscheint in der Woche dreizehnmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Telegramm-Adresse: =Börsenkrone=

Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352

Montag, 13. Oktober 1919

Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488

Postscheck-Konto: Berlin 26412

Einzelpreis 15 Pf.

Die Stellung der Reichsregierung zu den Ententenoten.

Ueber die Antwort der Reichsregierung auf die beiden Noten der Entente läßt sich zur Stunde noch nichts sagen. Ein Beschluß des Kabinetts liegt begreiflicherweise noch nicht vor und ist wohl auch nicht zu erwarten, ehe nicht der Reichswehrminister Noske von seiner Besichtigungsfahrt nach Berlin zurückgekehrt ist. Im übrigen läßt sich die Antwort in großen Zügen sowohl hier wie da sagen. Was die Baltikumnote anlangt, so wird darin zugesagt, daß eine interalliierte Kommission an Ort und Stelle entsandt werden soll. Obschon nach der Zusammensetzung dieser Delegation deutsche Mitglieder nicht zugelassen sind, läßt sich dennoch erhoffen, daß sich am Orte selbst eine Art Zusammenarbeit herstellen lassen wird, die eine gütliche Lösung des schwierigen Problems immerhin nicht erschweren dürfte. Die Note betreffend die Blockade Sowjetrußlands kann natürlich die Zustimmung der Reichsregierung kaum finden. Wir haben die Folgen der Hungerblockade allzu schwer am eigenen Leibe verspürt, um dieses Mittel etwa durch unsere Unterschrift sanktionieren zu können, wenn es gegen ein anderes Land zur Anwendung kommen soll. Andererseits ist aber auch eine strikte Ablehnung kaum ohne weiteres zu empfehlen. Auch hier ist zu erwarten, daß die Entente die Frage in enger Zusammenarbeit mit uns erörtert und daß sich dann Mittel und Wege denken lassen, die der Tatsache gerecht werden, daß auch wir kein Interesse an einem Siege des Bolschewismus haben. Eine Ablehnung der Unterschrift, ohne daß zuvor die Angelegenheit eingehend bedacht worden wäre, würde die Entente sicherlich bei einer wenn auch nicht sofort, so doch in absehbarer Zeit zu erwartenden bürgerlichen Regierung in Rußland gegen uns ausspielen können. Im übrigen kann aber an eine Ablehnung auch deshalb nicht gedacht werden, weil die sofortige Folge die furchtbaren Konsequenzen einer erneuten Hungerblockade über uns selbst bringen würde. In dieser Hinsicht ist es ja auch sehr bezeichnend, daß sowohl die „Welt am Montag" wie die „Freiheit" von der Note keine Notiz nehmen, weil auch diese Blätter wegen der zu erwartenden Konsequenzen eine unbedachte und sofortige Ablehnung nicht zu empfehlen wagen.

Unterzeichnung der Ratifizierungsurkunde durch Poincaré.

Versailles, 12. Oktober.

Laut „Journal" wird Präsident Poincaré jedenfalls heute oder morgen die Ratifizierungsurkunde zeichnen, die Veröffentlichung durch das „Journal Officiel" werde sofort erfolgen. Wenn der Senat (wie inzwischen geschehen D. Red.) den Kammerbeschlüssen zustimme, werde der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Gesetzes über die Ratifizierung amtlich als das Ende der Feindseligkeiten angesehen werden. Hierauf müßten die Alliierten Deutschland benachrichtigen, daß drei gegnerische Großmächte den Frieden ratifiziert hätten, und dann müßten Vertreter dieser drei Großmächte mit Vertretern Deutschlands die Ratifizierungsurkunden austauschen. Das Protokoll hierüber müßten die Vertreter der Mächte unterzeichnen und damit würde der Friedensvertrag in Kraft treten.

Wilsons Erkrankung.

Versailles, 12. Oktober.

„Chicago Tribune" meldet aus Washington, trotzdem der Gesundheitszustand Wilsons sich bessere, müsse er noch für unbestimmte Zeit das Bett hüten. Dieser Beschluß der Aerzte habe überrascht, da man allgemein geglaubt habe, Wilson könne schon bald gewisse Staatsgeschäfte wieder erledigen.

Die Abstimmung in Schleswig.

Kopenhagen, 13. Oktober.

Der Minister für Schleswig, Hanssen, teilte einem Vertreter von „Politiken" mit, daß der Friedensvertrag wahrscheinlich in der Mitte dieser Woche in Kraft treten werde, und daß zehn Tage nachher Deutschland das gesamte Abstimmungsgebiet in Schleswig, also erste und zweite Zone, geräumt haben müsse. Man rechne damit, daß die internationale Kommission Ende nächster Woche in Flensburg eintreffen, und daß die Abstimmung in der ersten Zone Mitte November stattfinden werde. Sobald die Abstimmung stattgefunden habe, habe Dänemark das Recht, das Land sofort zu besetzen, obwohl es noch nicht dem dänischen Staate übertragen sei. Selbstverständlich werde Dänemark von diesem Rechte Gebrauch machen. Auch die Abstimmung in der zweiten Zone werde beschleunigt werden. Nach dem Friedensvertrag soll sie spätestens fünf Wochen nach der Abstimmung in der ersten Zone stattgefunden haben, aber er, der Minister, könne sagen, daß sie weit früher abgehalten werde, d. h. also, daß beide Abstimmungen vor Weihnachten vorgenommen werden würden. Danach werde die Kommission die Grenzlinie nach Süden festsetzen und sodann das gesamte Material nach Paris senden, wo die endgültige Entscheidung getroffen werde. Nachdem ein Vertrag zwischen Deutschland und den Alliierten über Schleswig abgeschlossen worden sei, werde das Land feierlich an Dänemark übergeben werden.

Die Entente-Flotte vor Riga.

Ultimatum Bermondts an die lettische Regierung.

Helsingfors, 12. Oktober.

Nach hier vorliegenden Meldungen sandte Bermondt der lettischen Regierung ein Ultimatum, in der er eine vollständige Neuorientierung ihrer Politik verlangt. Die lettische Regierung übersiedelte nach Nodenrois Gegenwärtig ist Riga noch in lettischem Besitz. Die deutsche Gesandtschaft verlasche, Riga vor Beginn der Operationen zu verlassen, wurde aber lettischerseits zurückgehalten.

Das lettische Preßbureau meldet: Angriffe in Richtung Kedcau, Friedrichstadt und Glai unter Teilnahme von Panzerzügen und Flugzeugen. Englische und französische Kriegsschiffe liegen vor Riga gefechtsbereit. Die lettische Regierung richtete ein Hilfsgesuch an die Alliierten, die Polen und Estland.

Estnische Hilfe für Lettland.

Helsingfors, 12. Oktober.

Die lettischen Truppen halten bis jetzt das rechte Ufer der Düna. Estland beschloß Lettland zu unterstützen und entsandte einen Panzerzug, der an den Gefechten teilnahm. Estnische Kriegsfahrzeuge sind zusammen mit den Kriegsschiffen der Entente von Reval nach Riga gefahren. General Judenitsch hat Bermondt als Landesverräter erklärt und eine Reihe Offiziere zum Abfall aufgefordert. Ententefreundliche russische Kreise und ihre Zeitungen urteilen ebenso. Unter den Offizieren und Mannschaften der Nordwestarmee scheinen hingegen starke Strömungen für Bermondt vorhanden zu sein, so daß die estnische Regierung bereits unruhig ist und eine besondere Ueberwachung des russischen Militärs angeordnet hat.

Die Nordwestarmee meldet Fortschritte gegen Pleskau. Das Zentralkomitee für die allrussische Rätemacht hat aus Anlaß der dem Räterußland drohenden Gefahr die Einberufung des 7. Rätekongresses beschlossen.

Lettisch-amerikanischer Vertrag.

Helsingfors, 12. Oktober.

Nach der lettischen Presse hat Lettland einen Vertrag mit Amerika abgeschlossen, der für die zukünftige Stellung der Randstaaten von grundlegender Bedeutung ist.

Völkerrechtsbruch der Letten.

Mitau, 12. Oktober.

Eigener Drahtbericht.

Nach den neuesten Meldungen aus Riga herrscht in der Stadt Aufruhr. Die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft haben Riga verlassen und sind nach Mitau geflüchtet. Ein zurückgebliebenes Mitglied der Gsandtschaft, Herr Schnecmann, soll von der lettischen Regierung Ulmanis verhaftet worden sein, ebenso der deutsche Geschäftsträger in Libau, Dr. Pück, obwohl sämtliche deutschen Vertreter natürlich durch die Exterritorialität geschützt sind. Dieser neue Bruch des Völkerrechts durch die Regierung Ulmanis reiht sich würdig ihren bisherigen Verbrechen an.

Keine deutsche Besetzung Rigas.

Paris, 12. Oktober.

„Liberté" wird aus London berichtet, daß die Besetzung Rigas durch die Deutschen von bedeutender skandinavischer Seite dementiert wird.

Von der Goltz noch im Baltikum.

Berlin, 13. Oktober.

Die Nentermeldung, daß General von der Goltz schon seit drei bis vier Tagen auf dem Rückwege begriffen ist, trifft, wie die „B. P. N." hören, nicht zu. Noch gestern erhielt die zuständige Stelle die Nachricht, daß Graf von der Goltz eifrigst bestrebt ist, die Truppen zur strikten Einhaltung der ergangenen Rückmarschbefehle zu veranlassen.

Was das Interview anlangt, das der General dem Vertreter des „Daily Telegraph" gewährt haben soll, so kann man hier zunächst nicht glauben, daß sich von der Goltz in dieser Weise über deutsche Truppen geäußert haben sollte, da eine solche Haltung nicht mit der Bemühung des Generals übereinstimmt, die, wie einwandfrei feststellt, dahin geht, die Truppen zur Rückkehr zu bewegen.

Deutsche Nationalversammlung.

Vor wiederum fast leeren Bänken wurde heute in der Nationalversammlung der Ergänzungsentwurf zu dem Branntweinmonopol an den Ausschuß verwiesen, wonach die Monopolverwaltung Branntwein mit Ausnahme von Rum, Kognat und Likören vom Auslande einführen darf, während jede andere Einfuhr verboten ist. Dann ging man an die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über die unerhörten Preissteigerungen im Lederhandel. Der Abgeordnete Beder-Oppeln begründete die Interpellation seiner Fraktion in ausführlicher Weise.

*

Der Ausschuß der Nationalversammlung für die Reichsabgabenordnung beriet heute weiter über die Strafbestimmungen. § 373 bedroht denjenigen mit Geldstrafe bis 500 Mk., der geschäftsmäßig in Angeboten oder Aufforderungen darauf hinweist, daß durch Geschäftsabschlüsse in bestimmter Weise Steuervorteile erreicht werden sollen. Der Paragraph wird mit dem Zusatz angenommen, daß das Angebot an einen größeren Personenkreis gerichtet sein muß. Angenommen wurde ferner die Vorschrift des § 376 und 382. Die nächste Sitzung findet erst am Mittwoch statt. Zunächst soll eine freie Aussprache mit Sachverständigen des Verwaltungsrates und des Bankwesens stattfinden.

Noske in Oberschlesien.

Kattowitz, 12. Oktober.

Gestern nachmittag kurz nach 1 Uhr traf Reichswehrminister Noske zur Besichtigung des Abschnittes B in Kattowitz ein. Heute früh gegen 9 Uhr fuhr Noske im Auto nach dem Paradefeld Worwerk-Brynow, wo die Besichtigung der in Kattowitz liegenden Regimenter stattfand. Die Vorstellung erfolgte durch Generalmajor v. Heimburg. Noske nahm den Parademarsch ab, worauf die Fahrt nach der Stadt erfolgte. Im Berg- und Hüttenmännischen Verein fand darauf eine Sitzung oberschlesischer Industrieller über die industrielle, wirtschaftliche und militärische Lage Oberschlesiens und die letzten oberschlesischen Aufstände statt. Gegen 3 Uhr begab sich Noske mit den Spitzen des Militärs nach Myslowitz an die Drei Kaiser-Hütte, wo am Bismarckturm die Parade über einen Teil der dort liegenden Truppen abgenommen wurde. Hierbei hielt Noske eine Ansprache, in der er die letzten oberschlesischen Vorgänge zur Sprache brachte und erwähnte, daß kein Streifen deutschen Bodens in andere Hände übergehen werde. Um 4 Uhr erfolgte die Abfahrt im Auto nach Beuthen.

Das neue Propagandamittel.

Berlin, 13. Oktober.

Das Verbot der „Freiheit", die übrigens am heutigen Morgen wieder erschienen ist, veranlaßt die Parteileitung der U. S. P. D., zu Dienstag, 14. Oktober, abends 7 Uhr, 30 öffentliche Versammlungen in Großberlin einzuberufen. In einer Bekanntmachung erklärt sie, daß Zeitungsverbote Kinder des Belagerungszustandes seien, daß aber das Verbot der „Freiheit" verfassungswidrig gewesen wäre. Die wichtigsten Errungenschaften des 9. November seien zunichte gemacht, die Arbeiterschaft würde der Willkür jener Wäsche ausgeliefert, die Deutschland und die ganze Welt ins Verderben gestürzt haben. Gegen diese gesetzlose Willkür müsse die Arbeiterschaft, jeder freiheitliebende Mann und Proletarier Protest einlegen.

Die militärische Besetzung der Geschäftsräume und der Druckerei der „Freiheit", die am Sonnabend mittag vorgenommen wurde, ist am heutigen Morgen zurückgezogen worden.

Haases Befinden.

In dem Befinden des Abgeordneten Haase ist leider eine nicht unbedenkliche Verschlimmerung eingetreten. Der Patient hat seit einigen Tagen Fieber, das am Sonntag nachmittag auf 39,1 gestiegen war. Die Ursache dieser Verschlimmerung ist anscheinend eine Blutvergiftung. Haase leidet heftige Schmerzen und hat infolgedessen die ganze Nacht zum heutigen Montag keinen Schlaf finden können. Professor Rotter wird wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages eine Punktierung des stark angeschwollenen Knies vornehmen. Wie wir hören, wird vermutlich noch Geheimrat Bier zur Behandlung des Patienten zugezogen werden.

Blutige Zusammenstöße in Kaiserslautern.

Mannheim, 12. Oktober.

Die „Pfalz-Zentrale meldet: Bei den Kundgebungen in Kaiserslautern am 8. und 9. Oktober infolge der Verhaftung von fünf Arbeitervertretern sind französische Offiziere und Soldaten verprügelt und ein Offizier schwer verwundet worden. Französische Truppen schossen darauf auf die Menge; der 19jährige Arbeiter Philipp Felber wurde durch einen Bauchschuß getötet, sechs andere Personen darunter gänzlich unbeteiligte Frauen, mehr oder minder schwer verletzt, davon einige durch Bajonettstiche.

Kleine Nachrichten.

Reichspräsident Ebert wird nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, am 15. Oktober, sondern erst am 22. Oktober in Breslau eintreffen und die Ausstellung „Arbeit und Kultur in Schlesien" besuchen.

*

Zu der Meldung, daß die preußischen Staatsminister beschlossen haben, auf die ihnen zustehende Entschädigungssumme zu verzichten, ist noch mitzuteilen, daß auch die Reichsminister einen solchen Anspruch nicht erhoben haben.

*

Die Polen haben nunmehr mit der Heimsendung der deutschen Internierten begonnen. Der erste Transport aus Szczypiorno trifft voraussichtlich heute in Kreuz ein.

*

In dem Prozesse wegen Beteiligung an den Mannheimer Putschen, der jetzt das Mannheimer Schwurgericht beschäftigt, erklärte Staatsanwalt Geisler, daß im ganzen 300 bis 400 Personen unter Anklage gestellt würden.

*

Dem Preßbureau Radio zufolge wird der König von Spanien demnächst London und Paris besuchen.

*

Der Abgeordnete des Bezirks Northport, Patrick, wurde, wie Havas aus London meldet, zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er eine aufwieglerische Rede gehalten hat.

Das Elektrisierungsprogramm

An der preußischen Landesversammlung hat Minister Oeser ein Elektrisierungsprogramm für die Staatsbahnen in Aussicht gestellt. Es ist dazu in seinem Ministerium eine besondere Abteilung errichtet worden unter Leitung des Wirklichen Geheimen Oberbaurats Dr.-Ing. ehrenh. Wittfeld. Geheimrat Wittfeld machte folgende Mitteilungen:

Das Elektrisierungsproblem beschäftigt uns schon vom Beginn des 20. Jahrhunderts ab. Auf der Militärbahn Berlin—Zossen begannen damals die berühmten Schnellbahnversuche, die bewiesen, daß mittels elektrischer Zugförderung Fahrgeschwindigkeiten bis etwa 210 Kilometer in der Stunde sicher erreicht werden können. Noch wichtiger waren die 1903 von mir gemachten Versuche zur Erprobung des einfachen hochgespannten Wechselstromes auf der Staatsbahnstrecke Niederschöneweide—Spindlersfeld bei Berlin. Wichtig war hierbei, daß schon damals eine verhältnismäßig niedrige Wechselzahl (25 Perioden in der Sekunde) und eine für jene Zeit hohe Fahrleitungsspannung (6000 Volt) als zweckdienlich erkannt wurden. Die bahnbrechende Wirkung dieser Versuche blieb nicht aus. Es folgte die elektrische Zugförderung auf der Stadt- und Vorortbahn Blankenese—Altona—Hamburg—Ohlsdorf, es kam die Elektrifizierung von Fernbahnstrecken, zunächst der Teilstrecke Dessau—Bitterfeld. Die Fortsetzung der Versuche hat der Krieg verhindert, der uns auch zwang, das bereits in die Fahrleitungsanlagen eingebaute Kupfer für die Verteidigung des Vaterlandes zu opfern. Zu nennen sind noch bereits elektrisierte Teilstrecken im schlesischen Gebirge, in Baden und in Bayern. Die gesamte Länge der Strecken, die bereits elektrisch betrieben werden, beträgt mehr als 300 Kilometer und wird am Ende des laufenden Jahres auf etwa 370 Kilometer ausgedehnt sein.

Wir hoffen in 30 Jahren die elektrische Zugförderung auf sämtlichen Strecken durchgeführt zu haben. Das wird zunächst einmal eine Erhöhung der Schnelligkeit des Verkehrs bedeuten. Zweitens eine erhebliche Ersparnis an Personal, die man unter Zugrundelegung der augenblicklichen Lohnsätze auf jährlich 300 Millionen Mark beziffern kann. Drittens eine Reduzierung der Kohlenkosten auf die Hälfte. Augenblicklich geben wir 1,3 Milliarden für Kohlen auf der Staatsbahn aus. Die Ersparnis an Kohle und Personalkosten würden etwa, wenn man ein aktuelles Zahlenbeispiel wählen will, genügen, um das diesjährige Defizit der Bahnen, das etwa 700 Millionen Mark beträgt, zu decken.

Daß wir heute nicht mit der Elektrisierung schon weiter sind, liegt zunächst am Kriege, ferner daran, daß auch vor dem Kriege erst gewisse technische Voraussetzungen geschaffen werden mußten und drittens daran, daß man sich früher aus militärischen Gründen überhaupt mit der Elektrisierung der Bahnen nicht befreunden konnte, weil in vielen Fällen die leichtmögliche Zerstörbarkeit einzelner Teile die Betriebsfähigkeit des ganzen Betriebes mattsetzen konnte. Die pazifistischen Hoffnungen der Zukunft stellen diese Bedenken in die zweite Reihe. Außerdem haben wir im Kriege gesehen, daß auch die Dampfbahn viel verwundbare Stellen hat. Man brauchte nur durch Brandbomben die Kohlenlager in Brand setzen und konnte den ganzen Bahnbetrieb lahmlegen. Ein vorsätzlich verletzte elektrisches Leitungsnetz mit Mehrfachspeisung ist nicht so ganz einfach zu zerstören, wie es auf den ersten Blick erscheint, und jedenfalls leichter auszubessern als maschinelle Einrichtungen.

Die Elektrifizierung der Bahnen sichert uns gewaltige wirtschaftliche Vorteile. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die Kohlen nicht mehr in dem Maße wie bisher spazieren gefahren werden brauchen. Es fällt weg der Kohlentransport von den Gruben zu den Kohlenlagern an den Strecken und die Lokomotive vermag eine größere Leistungsfähigkeit zu entfalten, weil sie kein totes Gewicht an Vorräten mitzuschleppen braucht. Das Wichtigste ist die wirtschaftliche Ausnützung der Kohlen selber. Heute werden von der Lokomotive die Kohlen direkt verfeuert, wobei ihre gesamten wertvollen Nebenstoffe verlorengehen. Der elektrische Betrieb sieht die Errichtung großer Bahnkraftwerke direkt am Fundort der Kohle vor. Braunkohle und Torf gelangen in diesen Werken zunächst in riesige Gefäße, wo ihnen unter verschiedenen Temperaturen die Wertstoffe entzogen werden. Es fällt dabei der Teer ab (Grundstoff für Arzneien, Farb-, Riechstoffe, Desinfektionsmittel), aus dem weiter Treib- und Schmieröle für den Bahnbetrieb gewonnen werden, es entsteht Benzol, schwefelsaures Ammonium, und die nitrosen Abgase der Gasmaschinen lassen sich zu salpetersäure verarbeiten. Die wirtschaftlichere Ausnützung der Kohle ist also um ein Unendliches vermehrt. Die Kraftwerke werden außerdem nicht nur den Strom für weite Bahnstrecken liefern, sondern zugleich die umliegenden Landstriche mit elektrischer Kraft und elektrischem Strom versorgen.

Augenblicklich werden die beiden Vorortstrecken Berlin—Oranienburg und Berlin—Bernau für den elektrischen Betrieb umgebaut. Die vermehrte Zugfolge wird insbesondere der Arbeiterbevölkerung an diesen Strecken willkommen sein. Wie bereits erwähnt, ist im Halleschen Bezirk ebenfalls die Elektrifizierung in Angriff genommen, ebenso in Schlesien. Es wird geplant, die elektrische Zugförderung der schlesischen Gebirgsstrecken auf der Hauptstrecke ostwärts bis nach Breslau und westwärts bis nach Berlin durchzuführen, eine geeignete Verbindung mit dem vorher erwähnten elektrischen Bahnnetz der Eisenbahndirektion Halle (Saale) zu schaffen und dieses nordostwärts bis nach Berlin zu erweitern. Die auf solche Weise zustande zu bringende Verbindung der von Schlesien, Halle und Magdeburg nach Berlin führenden Bahnen mit dem Berliner Bahnnetz läßt es unbedingt geboten erscheinen, auch hier den einfachen Wechselstrom zu verwenden. Sind alsdann die bei Berlin zunächst für den Betrieb auf den Berlier Stadt-, Ring- und Vorortbahnen geplanten Kraftwerke errichtet, so können diese auch für die erwähnten in Berlin einlaufenden Fernstrecken sowie für weitere von Berlin ausgehende Strahlen

Anzeiger.

In das Handelsregister A ist bei der Firma **Paul Lange** eingetragen, daß die Firma jetzt **Paul Lange Inhaber: Lange's Erben** lautet und daß die Inhaber des Geschäfts die Frau Anna Lange und deren Kinder Paul und Anna sind.
Angermünde, 8. Okt. 1919.
Das Amtsgericht. (26759)

In das Handelsregister A ist bei der Firma **Lewin u. Co.** eingetragen, daß die Firma jetzt **Heinrich Gaertner, Inhaber Gaertner's Erben**, lautet, und daß die Inhaber des Geschäfts die Frau Luise Gaertner und deren Kinder Kurt, Hans und Margarete sind.
Angermünde, 8. Okt. 1919.
Das Amtsgericht. (26754)

Die bisher in unserem Handelsregister Abt. A unter Nr. 37 eingetragene Firma **Eduard Lehmann — Baruth** ist gelöscht. (26755)
Baruth, 6. Oktober 1919.
Das Amtsgericht.

Brandenburg (Havel). Bei der im Handelsregister Abteilung A unter Nr. 745 eingetragenen Firma: **Eichhorn & Riedel** mit dem Sitze in **Brandenburg (Havel)** ist vermerkt worden: Am 25. September 1919: Die Witwe Helene Riedel geb. Heinzel ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig ist der Tischler Hermann Sternberg in Brandenburg (Havel) in die Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten; und am 1. Oktober 1919: Die Firma ist in **Eichhorn & Sternberg** geändert.
Brandenburg (Havel), den 1. Oktober 1919. (26756)
Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister B Nr. 5 betreffend die **Welmitzer Braunkohlenwerke, Zweigniederlassung der Gewerkschaft Hassia** ist heute eingetragen worden: (26757)
Nach dem Gewerkenversammlungsbeschluß vom 5. 3. 1919 ist Gegenstand des Unternehmens ferner Errichtung und Betrieb von bergbaulichen Unternehmungen sowie der Erwerb dazu erforderlicher Grundstücke und Gerechtsamen im Regierungsbezirk Frankfurt a. Oder.
Crossen a. O., 7. Okt. 1919.
Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abteilung A ist heute unter Nr. 867 die Firma **Leopold Ephraim, Frankfurt a. O.**, mit dem Inhaber Kaufmann Leopold Ephraim daselbst eingetragen worden. Geschäftszweig: Produkten- und Holzhandlung.
Frankfurt a. O., 8. Okt. 1919.
Das Amtsgericht. (26758)

In unser Handelsregister Abteilung A ist heute unter Nr. 869 die offene Handelsgesellschaft in Firma **Gesellschaft für Handel & Industriebedarf Bartsch & Werner** mit dem Sitze in **Frankfurt a. O.** eingetragen worden: Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute Max Bartsch und Fritz Werner in Frankfurt a. O. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1919 begonnen. Geschäftszweig: Verkauf von Mineral-Oelen und technische Bedarfsartikeln. (26759)
Frankfurt a. O., 8. Okt. 1919.
Das Amtsgericht.

Die in unserem Handelsregister Abteilung A Nr. 367 eingetragene Firma **F. M. Roland's Wwe., Frankfurt a. O.**, nebst Geschäft ist auf den Kaufmann Hans-Joachim Bastian in Frankfurt a. O. übergegangen. (26760)
Frankfurt a. O., 9. Okt. 1919.
Das Amtsgericht.